Abstract

Die EU-Aufbau- und Resilienzfazilität:föderale Konflikte im Entstehungs- und Implementationsprozess in Deutschland

###### Henrik Scheller/Anna Sophia Körner

Der Beitrag fokussiert die innerstaatliche Umsetzung der Aufbau- und Resilienzfazilität (ARF) der EU in der Bundesrepublik in Gestalt des deutschen Aufbau- und Resilienzplans (DARP). Ein besonderes Augenmerk gilt dabei der Beteiligung der Länder an der Entwicklung des Plans einschließlich seiner thematischen Schwerpunkte. Der Prozess steht dabei – so die analyseleitende These – beispielhaft dafür, wie die Föderalismus- bzw. Länder-Blindheit der EU und ihrer Verträge von nationalen Exekutiven geschickt zur Realisierung eigener Ziele genutzt werden kann. Und dies, obwohl die europapolitischen Diskussionen in Deutschland seit Mitte der 1990er Jahre durch ein in Teilen durchaus erfolgreiches Ringen der Länder geprägt war, verfassungsrechtliche und einfachgesetzliche Mitsprache- und Gestaltungsmöglichkeiten bei den Europa-Aktivitäten des Bundes zu institutionalisieren. Der Umstand aber, dass der Finanzierungsfonds NextGeneration EU (NGEU) als Teil der ARF von der EU-Kommission von Anbeginn als „Konjunkturprogramm“ zur (kurzfristigen) Bekämpfung der Corona-Folgen gelabelt wurden, ermöglichte es der Bundesregierung jedoch, den DARP nahezu im Alleingang zu entwickeln. Mit Verweis auf zeitliche Zwänge blieb eine breitere öffentliche Diskussion aus bzw. kaprizierte sich ausschließlich auf die Frage nach dem Für und Wider der neuen Verschuldungsmöglichkeiten der EU. Dies ist nicht unproblematisch, da sich die Programmatik und Anlage der ARF durchaus auch als ein neuer struktur- und kohäsionspolitischer Ansatz der EU deuten lassen. So verstanden, hätten die Länder und Regionen auch in Deutschland in jedem Falle proaktiver in den Aushandlungsprozess des DARP mit einbezogen werden müssen. Die Analyse zum Entstehungsprozess der ARF in der Bundesrepublik beleuchtet exemplarisch kritische Aspekte der Mehrebenen-Governance, die es zu stärken gälte, wenn die EU ihr konjunkturpolitisches Instrumentarium perspektivisch ausbauen sollte – ein Umstand, der angesichts einer immer kürzeren Sequenz an exogenen und endogenen Krisen wahrscheinlich scheint.

The paper focuses on the internal implementation process of the EU Recovery and Resilience Facility (RRF) in Germany with special regard to the participation of the Länder in the development of the plan and its priorities. We argue that the course of the development and implementation process is illustrating how national executives can pursue their own goals by exploiting the blindness of the EU and its treaties to federal systems. This was favored by the fact that the European Commission (EC) labeled its Recovery and Resilience Facility (RRF) including NextGeneration EU (NGEU) as a “stimulus package”. The coincidence of these two reasons allowed the German government to develop its own Recovery and Resilience Plan without major consultation. Moreover, the decades-long disputes between the federal government and the states, in which the latter had gained considerable information and voice, do not seem to have taken place. Since the RRF can be interpreted as a new cohesion policy approach of the EU, stronger involvement of the German Länder and municipalities in the negotiation process of the National Recovery and Resilience Plan (DARP) would have been essential. The analysis exemplifies aspects of multilevel governance that need to be strengthened if the EU is to expand its economic policy instruments in the future.